

Pressemitteilung



Nr. 30/16 vom 20.05.2016

Sperrfrist: keine

Anzahl der Anschläge: 2.472

Abrufbar unter: www.gdw.de

GdW: Mehr Wohnungen genehmigt – Deutschland braucht langfristigen Neubautrend

Berlin – „Die steigenden Baugenehmigungen sind ein positives Signal auf dem Weg zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Deutschlands Großstädten. Die Politik muss jetzt dafür sorgen, dass dieser erfreuliche Trend beim Neubau anhält und insbesondere mehr Wohnungen im mittleren und unteren Preissegment entstehen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

- 10 Von Januar bis März 2016 wurde in Deutschland der Bau von rund 84.800 Wohnungen genehmigt. Das waren 30,6 Prozent oder knapp 20.000 Wohnungen mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit setzte sich das 2009 begonnene Wachstum bei den Baugenehmigungen fort. Im Geschosswohnungsbau wurden im ersten Quartal 2016 rund 35.600 Wohnungen genehmigt, im Ein- und Zweifamilienhausbau rund 30.500 Wohnungen.

„Die Dynamik bei den Baugenehmigungen ist positiv, sie reicht aber immer noch nicht aus, um genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, so der GdW-Chef. Konkret müssten in Deutschland bis 2020 jährlich insgesamt rund 400.000 Wohnungen und damit rund 140.000 Mietwohnungen mehr als noch 2015 gebaut werden – davon 80.000 Sozialwohnungen und 60.000 Einheiten im bezahlbaren Wohnungssegment. Insgesamt beläuft sich das Wohnungsdefizit in

20 Deutschland aktuell auf mindestens 800.000 Wohnungen. Der Hauptgrund dafür ist, dass in den vergangenen Jahren viel zu wenig gebaut wurde. Die Flüchtlingszuwanderung hat den Handlungsdruck insbesondere in den Wachstumsregionen stark erhöht.

Damit dem Aufwärtstrend bei den Baugenehmigungen auch zügig ebenso steigende Baufertigungszahlen folgen, muss die Politik sofort eine ganze Reihe wirksamer Maßnahmen ergreifen. „Wir brauchen schnellstmöglich mehr Bauland, eine Verringerung der Herstellungskosten beim Bau und wirksame Förderinstrumente. Bund, Länder und Kommunen müssen endlich an einem Strang ziehen, um für viele Mieter untragbare Preise zu verhindern“, sagte Gedaschko.

- 30 „Bezahlbares Wohnen lässt sich nicht durch künstliche Mietpreisbegrenzungen sichern, sondern nur durch mehr Wohnungsbau insbesondere im mittleren und unteren Preissegment“, so der GdW-Präsident. Die Bundesregierung müsse aufpassen, dass sie den positiven Neubau-Trend nicht gleich wieder durch unsachgerechte Neuregelungen im Mietrecht und immer neue unwirtschaftliche Verschärfungen der Energieeinsparanforderungen ausbremst.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.